

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 3

Artikel: Sozialpolitik : Kein Luxus der Reichen
Autor: Niggli, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

le, sondern schafft die Voraussetzungen, dass sie durch die Nutzung ihrer Chancen am regulierten Markt selber aus der Armut finden.

3. Armutsfallen entwickeln sich dort, wo sozialstaatliche Leistungssysteme Opferhaltungen bekräftigen und Eigeninitiative bestrafen. Heftig diskutiert wird dies im Zusammenhang mit der Sozialhilfe, wo Leistungsbezüge gelegentlich attraktiver sein können als eigenes Erwerbseinkommen. Es ist hier nicht der Ort, Dichtung und Wahrheit dieser Debatte im Einzelnen darzustellen. Vergleichbare Mechanismen kommen je-

doch in verschiedenen sozialen Sicherungssystemen vor.

4. Schliesslich gilt es zu akzeptieren, dass ein Teil der Bevölkerung jenseits aller Leistungs- und Marktideologie sozialen Schutz braucht. Nicht nur für Behinderte und geistig Behinderte gilt dies, sondern auch für eine beachtliche Gruppe von Menschen, die nicht arbeiten und auf Dauer nicht mehr in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Hier wäre es an der Zeit, klar und deutlich zu sagen, dass auch diese Menschen einen Anspruch auf Existenzsicherung haben.

Walter Schmid ist
Rektor der Hochschule
Luzern und Präsident
der Schweizerischen
Konferenz für Sozial-
hilfe Skos.

Arme und Armut: (k)ein Thema für die Schweiz?

• Wenn die Schweizer Bevölkerung befragt wird, was ihr zum Begriff Entwicklungsländer einfällt, nennt sie an erster Stelle Armut und Hunger. Dazu passt, dass über 70 Prozent der Befragten aus «Solidarität mit den Mitmenschen» Entwicklungszusammenarbeit leisten wollen und für ein gleichbleibendes oder sogar höheres Budget eintreten. Die Frage aber, ob die Entwicklungsgelder zum Teil für die «Bedürftigen» im Inland ausgegeben werden sollen, befürworteten 2009 57 Prozent. 23 Prozent würden die Entwicklungshilfe sogar vollständig im Inland einsetzen. Die meisten scheinen keinen Begriff von den Grössenverhältnissen zu haben: Von jeden 100 Franken Wirtschaftsprodukt der Schweiz fliessen über 30 Franken in Sozialversicherungen und Sozialfürsorge, also in Armutsbekämpfung. Für Entwicklungszusammenarbeit werden hingegen genau 40 Rappen aufgewendet.

Das ist im Vergleich zum Bedarf winzig. Bekanntlich gilt international eine absolute Armutsgrenze. Seit 2005 liegt diese bei kaufkraftgewichteten 1.25 Dollar pro Tag. Zu sagen, wer weniger hat, sei

Peter Niggli

Sozialpolitik: Kein Luxus der Reichen

bitter arm, ist untertrieben. Die absolut Armen sind in der Regel unterernährt, chronisch krank und hausen in menschenunwürdigen Verhältnissen. Ihre Zahl ist mit derjenigen der Hungernden praktisch deckungsgleich. 2005 lebten 1,4 Milliarden Menschen, ein Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer, unter der Existenzgrenze – die jüngste Weltwirtschaftskrise hat ihre Zahl vergrössert. Dem Rest der Bevölkerung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens geht es

nicht viel besser. Drei Milliarden Menschen, bzw. drei Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer verfügen über weniger als 2.50 Dollar pro Tag – die Hälfte aller Lohnabhängigen der Welt bezieht weniger als 2 Dollar Tageslohn.

Dies, obwohl es in den letzten dreissig Jahren durchaus Fortschritte gegeben hat. Der Prozentsatz der Ärmsten ist gesunken. Die grössten Fortschritte erzielten die ostasiatischen Staaten und China. Nur schwache Fortschritte gab es trotz starkem Wirtschaftswachstum in Indien. Am Schluss steht Schwarzafrika.

Die bitterste Armut ist kein monetäres Phänomen, keine Folge wirtschaftlicher «Unterentwicklung», sondern Resultat gesellschaftlicher und politischer Ausschlussprozesse – vergleichbar der Produktion von Armut in der Schweiz.

Kürzlich berichtete die NZZ, in Paraguay hätten in den letzten zehn Jahren die kommerziellen SojafarmerInnen ihr Anbaugebiet auf 2,6 Millionen Hektaren verdreifacht und dazu Kleinbauern von Wald, Weideland und Anbauflächen vertrieben, welche diese bislang selber genutzt hatten. Ähnliche Landvertreibungen – ohne oder mit nur symbolischer Entschädigung – gibt es von Lateinamerika über Afrika und Indien bis China. Die Vertriebenen haben in aller Regel keine Rechtstitel auf ihr Land, auch wenn sie es seit Generationen nutzen. Diese Gruppe von Ärmsten könnte man als Opfer der «Entwicklung» bezeichnen, schlägt sich doch die Neunutzung, zum Beispiel der Sojafarmer, mit einem Plus im Bruttoinlandprodukt nieder. Nach Weltbankschätzungen werden dank «Entwicklungsvorhaben» jährlich Millionen Menschen von ihrem angestammten Land vertrieben, allein zehn Millionen durch Staudambauten.

Die zweite grosse Gruppe von Ärmsten ist das Produkt gesellschaftlicher und politischer Diskriminierung vor allem der Frauen, aber auch von ge-

ächteten Kasten und unteren Klassen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten. Die dritte grosse Gruppe von Ärmsten schliesslich ist Opfer von bewaffneten Konflikten und gewaltsamer Vertreibung.

Die ärmsten eineinhalb Milliarden der Menschheit sind auch die Verletzlichsten: Sie leiden am meisten unter den Folgen von Naturkatastrophen oder wirtschaftlichen Schocks wie Wirtschaftskrisen oder der massiven Erhöhung von Nahrungsmittelpreisen seit 2006.

Auf dem Papier ist man sich heute ziemlich einig, was gegen die bitterste Armut zu unternehmen wäre. Erstens müssen sich die Betroffenen selber wehren können und sollten darin durch politisch einflussreichere Schichten ihrer Länder und allenfalls auch durch externe Akteure, zum Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt werden. Zweitens muss in Entwicklungsländern der Staat eine aktive und initiativ wirtschaftliche Rolle spielen und nicht darauf vertrauen, dass irgendwelche «Marktkräfte» aus der Stagnation herausführen. Das zeigt das Beispiel der wirtschaftlich erfolgreicherer Entwicklungsländer von Südkorea über Indien bis Brasilien, widerspricht aber dem, was die westlichen Staaten in den letzten dreissig Jahren geraten haben. Und drittens sollten auch ärmste Länder aktive Sozialpolitik betreiben. Dazu gehören Bildung und Gesundheit, Frauenförderung sowie die Bereitstellung von Ressourcen, sei es durch Landreform oder erschwingliche Kleinkredite. Seit einigen Jahren experimentieren einzelne Länder auch mit direkter Geldunterstützung der ärmsten Schichten, so etwa Mexiko, Brasilien oder Vietnam. Erstmals haben in dieser Wirtschaftskrise Entwicklungsländer auch Sozialprogramme aufgegleist, um denjenigen, die Arbeit und Brot verloren haben, unter die Arme zu greifen. Kurz: Sozialpolitik ist kein Luxus reicher Länder. ●

*Peter Niggli ist
Geschäftsleiter von
Alliance Sud, der
entwicklungspoliti-
schen Arbeitsge-
meinschaft der
Hilfswerke Swissaid,
Fastenopfer, Brot für
alle, Helvetas, Caritas
und Heks. [www.
alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)*